

Wahlprüfsteine von Amnesty International

1. Was werden Sie veranlassen, um eine unabhängige Asylverfahrensberatung flächendeckend sicherzustellen?

Um die flächendeckende Asylverfahrensberatung sicherzustellen, kommen für uns folgende Maßnahmen infrage: Ausbau des Beratungsnetzwerks, Erhöhung der Kapazitäten (personell und finanziell), Stärkung mehrsprachiger Angebote, spezialisierte Beratung für besonders schutzbedürftige Gruppen wie z.B. LGBTQIA+, die Stärkung digitaler Angebote und die regelmäßige Evaluation der Maßnahmen.

2. Bessere Perspektiven für afghanische Flüchtlinge jenseits der Asylverfahren müssen ermöglicht werden; wie werden Sie das fördern?

Volt fordert, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive, einen sofortigen Zugang zu Bildungsangeboten und sozialer Teilhabe und auf Bundesebene, dass Asylbewerberinnen und -bewerber grundsätzlich ab dem Asylgesuch uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht wird.

3. Werden Sie umfassende Landesaufnahmeprogramme für Menschen aus Afghanistan, besonders für gefährdete Frauen, einführen? Welche Schritte werden Sie dafür unternehmen?

Bisher ist dies nicht Teil unseres Programms. Der Schutz gefährdeter Gruppen sowie eine effektive und humane Geflüchtetenpolitik sind für uns jedoch zentral. Insofern könnte die Einführung eines solchen Programms sehr gut zu unserer Stoßrichtung passen und wir können uns eine Evaluation und etwaige Einführung grundsätzlich sehr gut vorstellen.

4. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit traumatische Belastungen bei Geflüchteten frühzeitig erkannt und behandelt werden können?

Volt Hamburg setzt sich dafür ein, allen Menschen, die in Deutschland ankommen, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive, einen sofortigen Zugang zu sozialer, rechtlicher, medizinischer und psychologischer Hilfe zu ermöglichen. Außerdem fordern wir einen sofortigen Zugang zu Bildungsangeboten und sozialer Teilhabe.

5. Wie werden Sie sicherstellen, dass auch noch in der Abschiebeeinrichtung jeder Einzelfall geprüft werden kann und den Betroffenen jede mögliche Hilfe gegeben wird?

Die derzeit einseitige Fokussierung auf die Anzahl von Abschiebungen sehen wir kritisch. Sollten rechtsstaatliche Prinzipien darunter leiden, verurteilen wir dies. Die Maßgabe für uns ist klar: Rechtsstaatlichkeit und ein humanes Verfahren müssen stets oberster Priorität haben. Sicherstellen, dass auch noch in der Abschiebeeinrichtung jeder Einzelfall geprüft werden kann und den Betroffenen jede mögliche Hilfe gegeben wird, möchten wir, indem wir ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen hierfür bereitstellen und die Wirksamkeit laufend evaluieren.

6. Unterstützen Sie finanziell und organisatorisch die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte?

Wir befürworten die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte durch die Freie und Hansestadt Hamburg und möchten diese beibehalten.

7. Werden Sie verpflichtende Antirassismus-Trainings als Bestandteil der Polizeiausbildung und als Teil regelmäßiger Fortbildungen fest verankern?

In unserem Wahlprogramm, S. 69 f. schreiben wir:

- "Volt Hamburg setzt sich dafür ein, dass marginalisierte Gruppen und Menschen, die sich in unserer mehrheitlich weißen Gesellschaft rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sehen, von gezielten Maßnahmen zur Förderung von Gerechtigkeit und Sicherheit profitieren. Es gilt insbesondere, den Verdacht von Diskriminierung und ungerechter Behandlung durch Sicherheitsbehörden auszuräumen und konkrete Vorkommnisse aufzuklären.
- gegen alle Formen von Rassismus konsequent angegangen wird. Der Stadt als Arbeitgeber kommt hier die besondere Verantwortung zu, Diskriminierungen innerhalb der Hamburger Behörden zu beseitigen. Hierzu wollen wir verpflichtende Schulungen in Antirassismus und interkultureller Kompetenz, beispielsweise für Polizist*innen und Justizmitarbeiter*innen einführen.
- unabhängige Beschwerdestellen gestärkt werden, bei denen Betroffene von Diskriminierung ihre Fälle melden können.
- die Diversität in Polizei und Justiz perspektivisch erhöht wird. Eine vielfältige Besetzung fördert das Verständnis für die

Herausforderungen der marginalisierten Gruppen und Menschen, die sich in unserer mehrheitlich weißen Gesellschaft rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sehen. Bereits bestehende Begegnungsformate, die einen Dialog mit der Polizei ermöglichen und den Polizeiberuf aktiv bewerben, begrüßen wir sehr. Diese Maßnahmen müssen in Hamburg sichtbar werden, um das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zu stärken."

Zudem halten wir es für einen Skandal, dass die von vielen Seiten seit Jahren geforderte bundesweite Untersuchung zu Rassismus innerhalb der Sicherheitsbehörden nach wie vor von einzelnen Bundesländern blockiert wird.

Auf Seite 73 unseres Wahlprogramms führen wir weiter aus:

- "Die Polizei sollte noch mehr Bewerber*innen aus diversen kulturellen Hintergründen einstellen, um die gesamte Bevölkerung abzubilden und die Akzeptanz für die Polizeiarbeit bei allen Hamburger Bürger*innen zu erhöhen
- Eine vielfältige Besetzung, gezielt auch von Führungspositionen, mit Personen die einen Migrationshintergrund haben, ist notwendig, um sicherzustellen, dass die Polizei die Gesellschaft widerspiegelt und allen Bürger*innen gerecht wird."

8. Werden Sie veranlassen, dass es für die Polizei in Hamburg eine unabhängige, wissenschaftlich aufgesetzte quantitative und qualitative Erhebung von Daten zu einzelnen Problembereichen, etwa zum Ausmaß von Racial Profiling (diskriminierende Polizeikontrollen) und rassistischen Einstellungen, gibt?

Siehe Frage 7.

9. Wie werden Sie gegen Racial Profiling, also verdachtsunabhängige Kontrollmöglichkeiten wie in § 15a I 1 Nr. 4 SOG vorgesehen, vorgehen? Werden Sie das Ausstellen von Kontrollquittungen verpflichtend machen?

Hierzu hat Volt Hamburg bisher keine Position erarbeitet, wird dies jedoch tun. Wir verfolgen die aktuelle politische und wissenschaftliche Debatte um verdachtsunabhängige Kontrollmöglichkeiten der Polizei, deren Sinnhaftigkeit und etwaige Begünstigung von Racial Profiling. Als evidenzbasiert arbeitende Partei nehmen wir dabei z.B. zur Kenntnis, dass Kriminologen wie Prof. Singelstein in den verdachtsunabhängigen Kontrollmöglichkeiten, ein

“Einfallstor für Racial Profiling” sehen; als Partei, die auf Europäische “Best Practices” setzt, beobachten wir z.B. Untersuchungen aus dem Spanischen Fuenlabrada, welche die positiven Auswirkungen der Einführung von Kontrollquittungen beleuchtet. Wir werden entsprechend eine Position erarbeiten, die der Polizei ermöglicht, ihren Aufgaben effektiv nachzukommen, um die ansässige Wohnbevölkerung sowie Passanten an Orten, wie z.B. dem Hansaplatz, vor Belästigungen und Übergriffen zu schützen gleichzeitig jedoch problematische Effekte wie das Racial Profiling eliminiert.

10. Wie soll in Zukunft mit den „gefährlichen Orten“ umgegangen werden? Soll an dieser Regelung festgehalten werden? Wird die Kriminalitätsrate hier weiterhin evaluiert? Gibt es striktere Vorgaben für Polizeikontrollen?

Hierzu sagt unser Wahlprogramm auf S.73:

"Um Kriminalitäts-Hotspots zu entschärfen, sind stets Präsenzmaßnahmen gegenüber Videouberwachung vorzuziehen. Wo dies, z.B. aufgrund eines andernfalls unverhältnismäßig hohen Personalaufwandes, nicht möglich ist, sollte Videouberwachung als ergänzende Maßnahme eingesetzt werden. Den derzeitigen Einsatz von Videouberwachung im ÖPNV und in Bahnhöfen befürwortet Volt und möchte ihn beibehalten. Eine flächendeckende Videouberwachung (wie z.B. in London) lehnen wir jedoch ab." Evaluation, d.h. Messung und Auswertung der Effektivität von Maßnahmen, kommt bei Volt grundsätzlich eine hohe Bedeutung zu.

11. Wie werden Sie mit der Verwendung von Tasern bei Polizeieinsätzen umgehen?

Eine verantwortungsbewußte Entscheidung zu diesen Themen erfordert eine intensive und differenzierte Auseinandersetzung mit der jeweiligen Problematik. Diese ist bei Volt Hamburg noch nicht abgeschlossen. Sobald wir in der Hamburgischen Bürgerschaft vertreten sind, werden wir uns dem Thema stellen und nach einer Sichtung von Gutachten sowie einer Anhörung von Expert*innen im Innenausschuß eine Position beziehen.

12. Die Beschwerdestelle und das Dezernat Interne Ermittlungen (DIE) sind mit Polizeiresourcen besetzt und die Beschwerdestelle dem Polizeipräsidenten unterstellt. Wie werden Sie sicherstellen, dass diese Organe die kritische Distanz und Unabhängigkeit erhalten, die für ihre Arbeit notwendig sind?

Zitat aus unserem Wahlprogramm, S. 73

"Die Sicherheitsbehörden unterliegen einer transparenten demokratischen Kontrolle. Bürger*innen müssen die Möglichkeit haben, sich wirksam gegen die polizeiliche Willkür wehren zu können, ohne dass die Polizei dadurch in ihrer Handlungsfähigkeit eingeengt wird."

Im Übrigen untersteht die Dienststelle DIE nicht dem Polizeipräsidenten, sondern dem Staatsrat der Behörde für Inneres und Sport. Nach unseren Informationen arbeitet DIE so effektiv, dass die beteiligten Beamt*innen Schwierigkeiten haben, sich wieder zurück zur Polizei versetzen zu lassen. Sollte es Hinweise darauf geben, dass die Unabhängigkeit nicht gegeben sein könnte, werden wir uns dafür einsetzen, dass diesen Hinweisen nachgegangen wird und es zu etwaigen Anpassungen der Struktur kommt.

13. Seit Jahren ist in jedem Beschwerdebericht zu erkennen, dass Nicht-Deutsche Hamburger*innen die Beschwerdestelle kaum nutzen. Welche Maßnahmen planen Sie, um diesem Problem zu begegnen?

Siehe Frage 7.

14. Die Einführung der Kennzeichnungspflicht war ein wichtiger Schritt zur Schaffung von mehr Transparenz. Leider gilt diese nur für geschlossene Einsätze und ist laut Umfragen nur schwer erkennbar, da die Kennzeichnung auf der Brust sehr klein ist. Wie planen Sie die Kennzeichnungen in Hamburg zu erweitern und sichtbarer zu machen?

Siehe Frage 11.